

P. Gastkommentar

Haben wir genug zu essen? Ein Appell an die Vernunft

11.04.2022 um 15:04

von **Maximilian Hardegg**



(c) Peter Kufner

Ukraine-Krieg. Europa ist gefordert, Sicherheitspolitik mit Brotgetreide zu machen. Wir Landwirte sind bereit für neue Herausforderungen.

Seit dem 24. Februar steht unsere Welt auf dem Kopf. Der Krieg in der Ukraine stellt unsere Weltordnung infrage, lässt überwunden geglaubte Feindbilder wieder hochkommen, weckt alte Kriegsängste und deckt schonungslos die Schwächen und Abhängigkeiten unseres westlichen Wirtschaftssystems und deren Politiken auf. Zum humanitären Leid der Ukrainer gesellt sich die Sorge um die Versorgung mit Lebensmitteln und Grundnahrung. Dieser Angst können wir am besten mit Vernunft und verantwortungsvollem Handeln begegnen.

Schlechte Ernten

Schon vor der Ukraine-Invasion waren die Weltmärkte für sehr viele Agrarprodukte wie Getreide, Mais und Ölsaaten aufgrund schlechter Ernten und kontinuierlich steigender Nachfrage sehr angespannt. Eine schlechte Ernte allein bringt die Versorgung noch nicht in Gefahr, schließlich gibt es ja Lagerreserven und vor allem den weltweiten Warenaustausch. Der eigentliche Auslöser für den Preisantrieb bei Getreide war (und ist) die Pandemie und die damit verbundenen Lieferengpässe, vor allem bei Düngemitteln. Hier gab es im Oktober 2021 aufgrund der Lockdowns einen deutlichen Preissprung, ja Verdoppelung der wichtigsten Düngemittel wie Harnstoff, Kalkammonsalpeter und Kornkali. Der Schockzustand der Landwirte führte zu Minimalkäufen über den Winter und zu einer gewissen Marktruhe. Der Ukraine-Krieg allerdings hat der Inflation freien Lauf gelassen, und es kommt zu gewaltigen Sprüngen mit einer Vervierfachung der Preise! Russland ist ja für ca. 60 Prozent der Ammoniumnitrat-Erzeugung verantwortlich, das Ausgangsprodukt für viele Düngemittel.

Gastkommentare und Beiträge von externen Autoren müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

>>> Mehr aus der Rubrik „Gastkommentare“

Allein diese Düngerpreise verteuern die Erzeugung einer Tonne Brotweizen um etwa 40 Prozent. Hinzu kommt, dass die Ukraine und Russland gemeinsam für ca. 30 Prozent des weltweiten Weizenhandels verantwortlich zeichnen, bei Ölfrüchten wie Sonnenblumen ist die Ukraine allein sogar Weltmarktführer. Niemand kann heute mit Sicherheit sagen, ob der Pflanzenbau in der Ukraine funktioniert und wie es um die Logistik bestellt ist. Niemand weiß heute, ob und wie Russland seine angestrebte Rolle als weltweit führender Brotweizenexporteur ausfüllen wird.

Unruhen befürchtet

All dies sind natürlich keine guten Vorzeichen für die weltweite Versorgungslage mit Brotgetreide und Pflanzenöl, wie schon am Montag Burkhard Bischof an dieser Stelle ausgeführt hat. Während in Europa ausreichend für die Eigenversorgung erzeugt wird - die EU ist weltgrößter Brotgetreideerzeuger -, gilt es, die Versorgung von Ägypten und des Maghreb sowie der Levante genau im Auge zu behalten. Auch aus der jüngeren Geschichte des Arabischen Frühlings wissen wir, dass eine Verknappung und Verteuerung bei Brotgetreide ebendort sofort zu Unruhen und kriegesischen Auseinandersetzungen führen. Es ist zu befürchten, dass die Reserven in den gefährdeten Regionen bald verbraucht sind und es daher über den Sommer eine rege Nachfrage nach der neuen Ernte geben wird.

Genau hier werden die EU und Europa gefordert sein und aktiv mithelfen müssen, dass in den gefährdeten Gebieten immer Brotgetreide zur Verfügung steht. Sicherheitspolitik mit Brotgetreide.

Die EU wird sich aber zusätzlich besinnen und erkennen müssen, dass Europa auch ein Agrarkontinent ist, dass die jahrhundertealten Kulturlandschaften mit zu den fruchtbarsten Gebieten der Welt gehören, dass wir es in Europa mit einem vergleichsweise gemäßigten Klima zu tun haben und dass wir über eine Vielzahl gut ausgebildeter und motivierbarer Landwirte verfügen. Die EU-Regierungen könnten erkennen, dass Privateigentum und die freie Verfügbarkeit darüber die Voraussetzungen sind, damit Landwirte gut wirtschaften und schnell Engpässe beheben können. Und man könnte erkennen, dass man mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) über ein wertvolles Instrument verfügt, um diese Ziele zu intensivieren und den Landwirt entsprechend zu motivieren. Eine vergemeinschaftete Agrarpolitik, welche sicherstellt, dass man den Landwirt in Ruhe arbeiten lässt, und in der gleichzeitig die Rahmenbedingungen und Standards für Tierschutz, Umwelt-/Klimaschutz und Artenvielfalt festgelegt werden, könnte zu einer weltpolitischen Auferstehung Europas führen. Blühende, fruchtbare und renaturierte Kulturlandschaften mit unternehmerisch denkenden Landwirten auf der Höhe der Zeit, welche motiviert sind, gut und viel zu erzeugen, und auf Nutztiere und Umwelt achtgeben. Wann, wenn nicht

jetzt? Wer, wenn nicht wir?

Es wird sehr spannend sein zu beobachten, wie in Europa und auf Ebene der Regierungen dieser Themenkreis in Anbetracht der aktuellen Lage diskutiert wird. Hält man an den einseitigen ordnungspolitischen Kommissionszielen des Green Deal fest und will damit die Landwirtschaft verkleinern, oder gibt es eine Besinnung auf den Wert der freien Wirtschaft?

Im Green Deal wird auf Vorschlag der Forschungsstelle der Kommission festgelegt, dass bis 2030 25 Prozent der Landwirtschaft biologisch sein müssen und weiters der Düngerverbrauch um 20 Prozent reduziert und Pflanzenschutzmittel gar um 50 Prozent reduziert werden müssen. Nicht nur der gesunde Hausverstand sagt einem, dass dies nicht gut ausgehen wird, auch die Wissenschaft, wie etwa das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), rechnet vor, dass dies zu vermehrten Importen und damit mehr CO₂-Ausstoß und einer Schwächung der europäischen Erzeugung und Landwirtschaft führen wird.

Kapseln wir uns weiter ab?

2022 wird für Europa wahrlich eine Zeitenwende darstellen. Sind wir bereit, die globalen Herausforderungen der Nahrungsmittelsicherheit anzunehmen und aktiv einen Beitrag dafür zu leisten, oder lassen wir uns treiben und kapseln uns kleingeistig ab nach dem Motto „Bei uns sind wir sicher, Hauptsache, wir haben genug zu essen“?

Ich hoffe natürlich auch, dass Österreich sich aus seiner „Insel der Seligen“-Mentalität verabschiedet und mithilft, damit mutige Vorschläge für die landwirtschaftliche Produktionssicherung im Gleichklang mit der Natur nicht nur für uns selbst, sondern für ganz Europa und darüber hinaus erarbeitet werden.

Was die Landwirte jetzt unter Beweis stellen können, ist, dass durch richtiges Handeln eine Situation entspannt und positiv beeinflusst werden kann. Wir können unsere Erzeugung effizienter gestalten, können mit den Betriebsmitteln sorgsamer umgehen, können mehr auf Fruchtfolgen und Kreislaufwirtschaft

setzen und so unsere Erträge stetig steigern. Und trotzdem auf Natur und Biodiversität achten. Wir sind bereit für die neuen Herausforderungen, unsere Felder sind bestellt, und wir sind es gewohnt, unsere Ernte verantwortungsvoll zu teilen und auch schwierige Situationen zu bewältigen. Die erhöhten Erzeugerpreise werden sich jedenfalls nicht 1:1 auf die Konsumentenpreise für Brot, Fleisch und Gemüse durchschlagen, dafür ist der Anteil in der Wertschöpfungskette zu gering.

E-Mails an:[**debatte@diepresse.com**](mailto:debatte@diepresse.com)

DER AUTOR

Maximilian Hardegg ist Landwirt. Er betreibt in Niederösterreich das Gut Hardegg, das mit rund 2200 Hektar Fläche und 40 Mitarbeitern der drittgrößte Landwirtschaftsbetrieb des Landes ist. Das Gut Hardegg ist seit mehr als 500 Jahren im Familienbesitz, Maximilian Hardegg setzt in seiner Arbeit einen Schwerpunkt auf die Themenbereiche Artenvielfalt und die Biodiversität.